

Herausgeforderter Finanzplatz



Von Gerold Bühler
Alt Nationalrat und
Präsident Economiesuisse

Offene Märkte für Güter, Dienstleistungen und Kapital sind für die exportorientierte Schweiz zentral. Gegenwärtig fordert nicht nur die weltweite Rezession den Wirtschaftsstandort Schweiz heraus. Protektionistische Tendenzen tangieren zusätzlich den Wettbewerb. Vor allem aber sieht sich der Finanzplatz wachsendem politischem Druck gegenüber. Schwerwiegende hausgemachte Probleme führen bei einigen tonangebenden Staaten zu einer zunehmenden Verpolitisierung der Wirtschaft und zu einem eigentlichen Machtkampf mit unfairen Mitteln. Anstatt sich einer nachhaltigen Ursachentherapie zur Standortattraktivierung zu unterziehen, wird nur allzu gerne zu Ablenkungsmanövern und zum Missbrauch internationaler Organisationen, wie im Falle der OECD, gegriffen.

Instrumentalisierung der OECD

Dass die Schweiz trotz Anerkennung der OECD-Standards zusammen mit Ländern wie Österreich, Luxemburg

oder Singapur auf eine graue Liste gesetzt wurde, ist ein solcher inakzeptabler Vorgang. Inakzeptabel vor allem auch deshalb, weil das in der OECD verankerte Einstimmigkeits- und Konsultationsprinzip verletzt worden ist. Dazu kommt, dass die Instrumentalisierung der OECD durch einige Grosse die Glaubwürdigkeit dieser Organisation beschädigt. Mit Blick auf die wahrscheinlich länger anhaltende Wirtschaftsabschwächung muss damit gerechnet werden, dass der Druck, vor allem von finanziell angeschlagenen Staaten, noch einige Zeit andauern wird. Für die Schweiz als eines der globalisiertesten Länder steht daher einiges auf dem Spiel. Im Interesse der Konkurrenzfähigkeit gilt es daher, aus den

jüngsten Vorfällen Lehren zu ziehen:

Erstens genügt es nicht mehr, die wirtschaftspolitischen Hausaufgaben zwar zu machen, dabei jedoch das ausserpolitische Networking zu vernachlässigen. Die Aussenpolitik muss daher wieder vermehrt in den Dienst der wirtschaftlichen Landesinteressen gestellt werden. Frühzeitig sind, je nach Themenbereich, Allianzen mit Ländern analoger Interessen zu knüpfen. Insbesondere innerhalb supranationaler Organisationen ist diese Interessenvertretung entschlossen wahrzunehmen.

Gleich lange Spiesse

Zweitens sind in den angehenden Verhandlungen über die Doppelbesteuerungsabkommen die Spielräume gemäss der OECD-Richtlinie auch zu nutzen. Es wäre über den Finanzplatz hinaus höchst problematisch, wenn man seitens des Bundesrates elementare Leitplanken preisgeben würde. Es muss verhindert werden, dass im Rahmen dieser Abkommen ungleiche Spiesse geschaffen werden. «Fishing Expeditions» darf es auch unter der Ägide der neuen Doppelbesteuerungsabkommen nicht mehr geben. Eine Aufweichung des Prinzips begründ-

barer Verdachtsmomente in der Rechts- und Amtshilfe würde mit Blick auf die im internationalen Vergleich restriktiven Bestimmungen bei der Bekämpfung der Geldwäscherei die Wettbewerbsfähigkeit im Privatkundengeschäft massiv schwächen.

Rechtssicherheit wahren

Die rechtspolitische Verlässlichkeit und insbesondere der angemessene Schutz der Privatsphäre sind wichtige Trümpfe für den wirtschaftlichen Erfolg unseres Landes. Nach dem unrühmlichen Vorfall mit der Freigabe von UBS-Kundendaten darf die Reputation der Schweiz nicht ein weiteres Mal aufs Spiel gesetzt werden.

Schliesslich stehen, *drittens*, die Finanzdienstleister und die Politik in der Pflicht, die Voraussetzungen zu schaffen, damit die Wettbewerbsfähigkeit in einem härter gewordenen Umfeld gewahrt werden kann. Der Wohlstand der Schweiz basiert ganz wesentlich auf den drei Säulen Werk-, Dienstleistungs- und Finanzplatz. Die von der Branche in Zusammenarbeit mit den Behörden ausgearbeitete Finanzplatzstrategie darf nicht wegen der aktuellen Schwierigkeiten zu Makulatur verkommen. Auch in Zukunft wird nämlich das Offshore Banking einen bedeutenden Stellenwert haben. Insbesondere für die tragende Säule des Vermögensverwaltungsgeschäftes sind daher die Bedingungen auch im fiskalischen Bereich gezielt zu verbessern.

Nebst der Umsetzung eines nachhaltigen Wachstumsrezeptes kommt dem Faktor Vertrauen, dies haben die jüngsten Turbulenzen gezeigt, gerade auch für den Finanzplatz eine hohe Bedeutung zu. Ein Schlüssel dazu sind die Stärkung der Transparenz und die längerfristige, kundenorientierte Ausrichtung der Geschäftspolitik. Politik und Wirtschaft sind überdies heute erst recht gefordert, sich ungeachtet des Drucks von aussen geschlossen für die direktdemokratisch legitimierte Steuer- und Finanzordnung im Interesse eines zukunftssträchtigen Wirtschaftsstandortes Schweiz einzusetzen.

www.economiesuisse.ch ●